

Das „Elend“ des Kombinats Robotron

Wie in den volkseigenen Betrieben der DDR „gelitten“ wurde

In den Volkseigenen Betrieben (VEB) wurde stets die Einheit von Arbeits- und Lebensbedingungen betont. Die Menschen arbeiteten dort nicht nur, sie verbrachten auch einen erheblichen Teil ihres Lebens im Betrieb. Sie waren keineswegs Proletarier, die ihre Arbeitskraft verkauften, sondern freie Werktätige, in einem Betrieb, der dem Volk gehörte. Ein wichtiges Instrument war der „Plan zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“, über dessen Inhalte ich hier berichten will. Im Dresdner VEB Kombinat Robotron war ich viele Jahre für diesen Bereich als Fachdirektor verantwortlich. Meiner Darstellung lege ich den Ist-Zustand der 70er Jahre zugrunde.

Die Arbeitsumwelt

Inhalt des Plantells „Materielle Arbeitsbedingungen“ war die Gestaltung der Aufgaben, der Arbeitsplätze und der Arbeitsumwelt.

Zu meiner Zeit standen Veränderungen bei der Fließbandarbeit, der Einsatz von Industrierobotern (Manipulatoren) und die Anwendung computerunterstützter Technologien (CA-Techniken) im Plan. Bei den Fließbandarbeiten faßten wir mehrere Takte zusammen, verlängerten die Taktzeiten und verringerten dadurch die Monotonie in der Arbeit. Industrieroboter brachten wir z. B. als Einlegegeräte in den Stanzereien zum Einsatz. CA-Techniken wurden in der Konstruktion, in der Produktions- und Materialplanung sowie bei der Wareneingangsprüfung eingeführt.

Die Realisierung aller Maßnahmen erfolgte als Einheit von Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und Förderung der Persönlichkeiten. Der Plan sah z. B. vor, je Industrieroboter zwei Arbeitskräfte freizustellen. Arbeitslos wurde dadurch niemand, da es genügend andere Einsatzmöglichkeiten gab.

Die Sozialversicherung

Die Kranken-, Renten- und Unfallversicherung bildeten in der DDR eine Einheit. Eine ganze Reihe von Aufgaben auf den genannten Gebieten wurde in den Betrieben selbst gelöst. Sie waren wie die Gewerkschaften Träger der Sozialversicherung, in der die drei Gebiete zusammengefaßt waren. Die Versicherten zahlten 10 % ihres Bruttoeinkommens, wobei die Beitragsbemessungsgrenze bei 600 Mark lag. Das waren dann maximal 60 Mark im Monat, die gleich vom Lohn oder Gehalt abgezogen wurden. Weitere 10 % übernahmen die Betriebe. Per Gesetz wurde 1971 eine „Freiwillige Zusatzversicherung“ eingeführt. Sie verschaffte den an ihr Teilnehmenden die Möglichkeit, mehr für ihre künftige Rente zu tun. Die Beitragsbemessungsgrenze

betrug 1200 Mark. Auch hier zahlten die Betriebe 10 % dazu.

Die Gewerkschaften bildeten im Betrieb einen „Rat für Sozialversicherung“, der



Man soll doch nicht sagen, die kapitalistischen Rückeroberer hätten im Zuge der Konterrevolution sämtliche Errungenschaften der DDR ausgelöscht! Übriggeblieben sind doch der Sandmann, das Ampelmännchen und, und ... Und?



bestimmte Aufgaben der SVK wahrnahm. Dazu gehörte z. B. die Bewilligung physiotherapeutischer Maßnahmen, medizinischer Bäder, Sehhilfen, Gehhilfen u. a. Ärztlich verordnete Kuren bedurften der Befürwortung des Rates. In größeren Betrieben wurden dafür spezielle Kurenkommissionen wirksam, die dem Rat zugeordnet waren.

Das betriebliche Gesundheitswesen

Auch in der Gesundheitspolitik wurden wesentliche Aufgaben in den Betrieben

selbst gelöst. Grundlage dafür war das Betriebsärzte-Prinzip.

Je nach Anzahl ihrer Mitarbeiter schufen die VEBs Voraussetzungen für die Einstellung von medizinischem Personal. Es gab Schwesternstationen, Betriebsambulatorien und sogar Polikliniken. Das „Betriebliche Gesundheitswesen“ war dem staatlichen Gesundheitswesen zugeordnet, welches auch das medizinische Personal der Betriebe entlohnte. Es behandelte die Betriebsangehörigen, deren Familienmitglieder und oftmals auch Patienten aus nahegelegenen Wohngebieten. Auch hier galt das Prinzip der freien Arztwahl. Betriebsangehörige konnten sich natürlich auch für andere Mediziner entscheiden. Zu den Aufgaben des betrieblichen Gesundheitswesens gehörten Reihenuntersuchungen, Gripeschutz- und andere Impfungen sowie vorbeugende Krebs- und Prostatauntersuchungen. Die Mütterberatung, eine Dispensairebetreuung und weitere prophylaktische Maßnahmen standen ebenfalls auf dem Programm.

Viele Betriebe schufen auf eigene Kosten zusätzliche physiotherapeutische Einrichtungen, Saunen und Fitneßräume.

Die Betriebsärzte trugen auch Verantwortung für die Einhaltung hygienischer Normen, die Ermittlung von Unfallschwerpunkten und die allgemeine Betriebssicherheit. Dabei arbeiteten sie eng mit den Sicherheitsinspektoren der Betriebe zusammen.

Das betriebliche Gesundheitswesen entlastete die örtlichen Polikliniken und staatlichen Arztpraxen. Hinzu kam eine Reihe wirtschaftlicher Effekte: Der Weg zum Arzt war kurz, die damit verbundenen Ausfallzeiten hielten sich im Rahmen. Die Betriebsärzte kannten die jeweiligen Arbeitsbedingungen, was eine gezieltere Behandlung ihrer Patienten ermöglichte.

Im Betriebsambulatorium des Kombinats Robotron waren zwei praktische Ärzte und ein Zahnarzt mit dem erforderlichen Hilfspersonal tätig.

Die Versorgung der Werktätigen

Es war gesetzlich geregelt, daß die Versorgung der Werktätigen mit einer „vollwertigen warmen Hauptmahlzeit, einer Zwischenverpflegung sowie mit Erfischungen“ zu erfolgen hatte.

Zur Verwirklichung dieser Auflagen setzten kleinere Betriebe Mitarbeiter oder Mitarbeitergruppen für Arbeiterversorgung ein. Großbetriebe schufen Versorgungszustützpunkte, Speisehäuser und Betriebsgaststätten.

Robotron-Dresden hatte z. B. einen Pausenzustützpunkt und eine Betriebsgaststätte, in denen etwa 30 Fach- und Hilfskräfte der Gastronomie rund 2000 Werktätige versorgten.

In den Arbeitspausen standen warme und kalte Getränke wie Tee und Mineralwasser kostenlos bereit. Jeder konnte einen Imbiß käuflich erwerben.

Die warme Hauptmahlzeit wurde in Speiseräumen verabreicht. Kleinere Betriebe kooperierten dabei mit größeren oder auch mit gastronomischen Einrichtungen des Territoriums. In den betriebseigenen Speisehäusern gab es Wahlessen, meist ein Eintopfgericht oder andere Hausmannskost sowie zwei bis drei Fleisch- oder Fischgerichte. Die Kosten für ein Essen lagen zwischen 0,80 und 1,50 Mark, selten darüber. Die Preise wurden vom Betrieb erheblich subventioniert. Nachspeisen, Kaffee und Kuchen, alkoholfreie Getränke u. a. waren zum Gaststättenpreis erhältlich.

Für Betriebe mit Schichtarbeit galt die Devise, daß es in jeder Schicht eine warme Mahlzeit gab.

Die größeren gastronomischen Einheiten waren durch die Arbeiterversorgung allein nicht ausgelastet. Deshalb standen sie auch für andere Zwecke wie die Schulspesung zur Verfügung. Nach den betrieblichen Mittagspausen „bevölkerten“ oft Schüler das Speisehaus. Essen wurde auch an andere Kindereinrichtungen geliefert.

Gesellschaftlichen Organisationen, Mitarbeiterkollektiven und einzelnen Kollegen standen die Häuser zur Nutzung offen. Nicht wenige begingen dort Familienjubiläen; Freundschaftstreffen mit anderen Kollektiven, auch aus dem Ausland, fanden statt, Feiern zur Jugendweihe und zur Konfirmation waren vorgesehen. Zum Jahreswechsel mit Weihnachts- und Silvesterfeiern gab es keine freieren Plätze.

Auch Dienstleistungen anderer Art wurden angeboten, z. B. Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs. Oft geschah das in Kooperation mit der Konsumgenossenschaft, die Betriebsverkaufsstellen einrichtete. Häufig erfolgten Sonderverkäufe von Industriewaren. Angeboten wurden dabei Bekleidung, Stoffe, Bett- und Tischwäsche, Lederwaren und vieles andere mehr. Der Verkauf erfolgte in Arbeitspausen und außerhalb der Arbeitszeit. Überdies konnten auch Reparaturoinrichtungen wie Änderungsschneidereien und Schuhmacher genutzt werden.

Die Betriebe halfen bei der Bereitstellung von Wohnraum. Durch die örtlichen Staatsorgane erhielten sie bestimmte Kontingente zugewiesen, die sie an wohnungssuchende Betriebsangehörige vergeben durften. Damit befaßten sich Wohnungskommissionen, die nach einem Dringlichkeitsschlüssel Vorschläge unterbreiteten.

Schließlich gehörte zur Arbeiterversorgung auch noch der Berufsverkehr. Das galt besonders für Betriebe, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln schwer erreichbar waren. Sie stimmten mit den Verkehrsträgern Arbeitszeit- und Fahrpläne ab. In ländlichen Gebieten war das von besonderer Bedeutung. Dort wurden

Schichtbusse eingesetzt, um die Arbeiter ohne hohen Zeitaufwand zu befördern.

Freizeit und Ferien

Alle größeren VEBs verfügten über Kapazitäten zur Freizeitgestaltung. Vom eigenen Ferienheim mit Vollverpflegung über Anteile bei Vertragsheimen und Bungalows bis zu festen Stellflächen auf Campingplätzen reichte die Angebotspalette. Robotron Dresden unterhielt z. B. ein Ferienheim in Gohrisch (Sächsische Schweiz), eine Bungalowsiedlung in Binz auf Rügen und Campingeinrichtungen auf der Insel Usedom.

Für ein- oder zweiwöchige Ferientage entsprachen die Preise denen der Gewerkschaften. Jeder Interessent konnte sich einen solchen Urlaubsaufenthalt leisten.

Ein besonderer Zweig dieses Bereichs waren die Ferienlager für Schulkinder der Betriebsangehörigen. Sie wurden im Sommer durchgeführt. Auch dafür hatten etliche Betriebe spezielle Objekte, zumeist aber fanden sie in zeitweilig angemieteten Schulgebäuden, Sporteinrichtungen u. ä. statt. Die Betriebe richteten die Lager ein und sorgten für das Mobiliar. Sie stellten pädagogisch geeignetes Personal zur Verfügung, sicherten die Versorgung mit Lebensmitteln sowie die medizinische Betreuung und vereinbarten Ziele für Wanderungen, Exkursionen und Kinobesuche.

Kultur und Sport

Kulturarbeit und Sport wurden von den Betrieben weitgehend getragen. Sie schlossen z. B. Verträge mit Kultureinrichtungen des Ortes oder der Region ab, indem sie Veranstaltungsrechte erwarben, die dann zu ermäßigten Preisen an die Betriebsangehörigen weitergegeben wurden. Robotron hatte solche Verträge mit der Semperoper, dem Schauspielhaus, der Staatsoperette und der Philharmonie. Die Anreize waren heiß begehrt, so daß die Nachfrage oft nicht befriedigt werden konnte, weshalb ihre Besitzer von Zeit zu Zeit wechselten.

Die Bildung von Interessengemeinschaften für Gesang, Musik, Tanz, Theater und Fotografie war eine weitere Aufgabe. Der Betrieb stellte dafür Räume zur Verfügung, engagierte Zirkelleiter und sorgte für Arbeitsmittel und -material.

Aus den Zirkeln gingen oft Volkskunstgruppen hervor. Bei Robotron schlossen sich diese zu einem Volkskunstensemble zusammen, in das auch Werk tätige anderer Betriebe und Bürger aus der Gegend einbezogen wurden. Schrittweise entstanden mehrere Sparten: ein Arbeitersymphonieorchester, mehrere Chöre, ein Kinder- und Jugendballett, eine Combo, eine Gruppe für Gesellschaftstanz, ein Kabarett, eine Pantomimengruppe und ein Marionettentheater. Insgesamt wirkten in diesen Gruppen mehr als 150 Personen mit. Die Mehrzahl waren Laienkünstler, nur Übungsleiter und Ausbilder erhielten ein Honorar.

In den 70er und 80er Jahren nahmen Gruppen des Robotron-Ensembles an den jährlich in der DDR stattfindenden Arbeiterfestspielen teil. Sie traten u. a. in der Tschechoslowakei und Ungarn auf.

Auch der Sport gehörte zur Freizeitgestaltung. Räume mit Tischtennisplatten fanden sich in jedem Betrieb. Fitness-Center kannte man damals noch nicht, aber Sportgeräte der verschiedensten Art waren überall vorhanden, Kegelbahnen seltener, denn dazu bedurfte es spezieller Anlagen. Großbetriebe besaßen eigene Sportplätze, manche verfügten sogar über Stadionplätze oder Schwimmhallen.

Je nach den vorhandenen Möglichkeiten veranstalteten die Betriebe Sportwettkämpfe bis zu regelrechten Betriebsmeisterschaften. Die am meisten vertretenen Disziplinen waren Fuß- und Volleyball sowie Leichtathletik. Auch der Denksport kam nicht zu kurz.

Wer beglich die Rechnungen?

Für den Erwerb oder den Bau von Ferienheimen, Betriebsgaststätten, Kulturhäusern, Sporthallen u. ä. erhielten die Betriebe staatliche Mittel, die in die jeweiligen Investitionspläne eingeordnet wurden. Handelte es sich um volkseigene Objekte, so erfolgte ein kostenfreier Rechtsträgerwechsel.

Die Finanzierung der Einrichtungen für die Arbeiterversorgung, von Kultur und Sport, dem Ferienwesen usw. erfolgte aus dem Kultur- und Sozialfonds, den jeder Betrieb im Rahmen seines Finanzplanes bildete. Über dessen Verwendung entschied der Betriebsdirektor in Abstimmung mit der zuständigen Gewerkschaftsleitung. Die einzelnen Positionen waren dann Bestandteile des jährlichen Betriebskollektivvertrages (BKV), der in einer Vertrauensleuteversammlung zur Diskussion gestellt und zum Beschluß erhoben wurde. Weitere Mittel flossen aus den Kassen der Gewerkschaft. Anders als in der BRD hatten diese ihre Basis in den Betrieben und anderen Einrichtungen. Dabei galt das Prinzip: „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“. Damit verhinderte man eine Zersplitterung der Interessenvertretung der Werk tätigen. In einem Metallbetrieb waren also auch alle metallfremden Beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaft Metall.

Gliederungen des FDGB gab es in allen Betrieben, der Organisationsgrad lag über 90 %. Im Gesamtmaßstab arbeitete eine Betriebsgewerkschaftsorganisation mit ihrer Leitung – der BGL. In Abteilungen, Bereichen und ähnlichen Einheiten bestand eine Abteilungsgewerkschaftsorganisation mit der AGL und in den einzelnen Arbeitskollektiven gab es Gewerkschaftsgruppen mit deren Vertrauensleuten. Die genannten Leitungen vertraten auf allen Ebenen die Interessen ihrer Mitglieder. Dazu gehörte die aktive Teilnahme an sämtlichen Entscheidungen zu sozialen Fragen, also auch zu den im hier geschilderten „Plan der Arbeits- und Lebensbedingungen“ festgelegten Maßnahmen.

Prof. Dr. Erich Dreyer, Dresden

Kein Stochern im Nebel

Klare Konturen nach dem 6. Kongreß der kubanischen Kommunisten

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), der Staatsrat und der Ministerrat hatten sich entschieden, das Modell der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes dem 6. Parteitag im April zu unterbreiten. Seit dem 5. Parteitag waren 14 Jahre vergangen. Die inneren und äußeren Bedingungen Kubas hatten sich in dieser Zeit grundlegend verändert.

Die auf den Untergang der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas folgende Sonderperiode (Periodo Especial) neigte sich in den Jahren 2004/05 ihrem Ende zu. In dieser Zeit ging es um das Überleben des Volkes und die Bewahrung der sozialistischen Gesellschaft, um die Rettung der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Kubas Führung entschied sich unter enormem Druck oft für Improvisationen und Einzelfall-Lösungen, bei denen es nicht selten den Anschein hatte, als geriete der sozialistische Entwicklungsprozeß ernsthaft in Gefahr. Nur der Standhaftigkeit der Partei, der Opferbereitschaft und revolutionären Kraft des Volkes war es zu verdanken, daß der sozialistische Inselstaat diese schwere Zeit überstand. Es grenzt fast an ein Wunder, daß in der Welt Einmaliges und Vorbildliches – vor allem auf sozialem und kulturellem Gebiet – ohne Abstriche aufrechterhalten werden konnte.

Verständlicherweise kommt es in Zeiten höchster Not zu Verwerfungen besonders wirtschaftlicher und sozialer Art. Sie waren den objektiven Bedingungen des Landes, aber auch subjektiven Fehlern geschuldet. Zusätzliche Belastungen entstanden durch die Krise des kapitalistischen Systems und die verschärfte USA-Blockade sowie aus klimatischen Gründen. Diese Faktoren wirken bis heute fort.

Konkrete Lageeinschätzung

Ein erklärendes Wort zur Bedeutung des 6. Parteitages der PCC, der mit den dort beschlossenen Leitlinien zur Durchsetzung einer neuen Qualität der sozialistischen Produktionsverhältnisse außerordentliche Bedeutung erlangte.

Was zwang Kuba zur Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen?

Die Industriebetriebe, überwiegend mit Hilfe sozialistischer Länder Europas oder noch vor der Revolution errichtet, waren nicht nur technisch veraltet, sondern auch moralisch verschlissen. Sie besaßen im Prinzip keine produktive Substanz mehr. Die Landwirtschaft war aufgrund des Mangels an Devisen, nutzbarer Technik, Treibstoffen und Düngemitteln sowie infolge niedriger Produktivität außerstande, den Bedarf an Lebensmitteln auch nur annähernd zu decken. Das System der Planung und des staatlichen Aufkaufs besaß keine Anreize. Die Jugend, der alle

Bildungstüren offenstanden, verließ die Dörfer, wodurch sich die bewirtschaftete Agrarfläche zunehmend verringerte. Die Infrastruktur – Elektroenergie, Verkehrswesen, Wasserwirtschaft und besonders das Bauwesen – litt unter Zerfallserscheinungen. Allein für die Werterhaltung, vom Ausbau ganz zu schweigen, fehlte es an materiellen Ressourcen und finanziellen Mitteln.



Kubas Kommunisten bleiben den Ideen von Fidel und Raúl treu.

Fotos: Anne-Mette Kruse (Dänemark)

Diese Gesamtsituation verdeutlichte, wie sehr Land und Volk unter der Niederlage des Sozialismus in Europa nach 1989/90 zu leiden hatten. Dennoch wurde niemals ein Zweifel daran gelassen, daß die wichtigsten Errungenschaften der Revolution selbst in diesen schweren Jahren ohne Abstriche erhalten würden. Das fortschrittliche Bildungssystem aller Ebenen sowie Forschung und Gesundheitswesen, Kultur und Sport wurden sogar weiterentwickelt. Auch die Wirtschaft erholte sich ab 1994/95 allmählich. Durch die Reduzierung der Anzahl von Industriebetrieben und unerläßliche Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgte de facto die Freisetzung unzähliger Arbeitskräfte, auch wenn sie von großzügigen sozialen Regelungen aufgefangen wurden. Viele Stellen in staatlichen Institutionen und Betrieben waren mehrfach besetzt. All das wurde aus dem Staatshaushalt beglichen. Diese Subventionen erstreckten sich auf viele Wirtschaftsbereiche, deren Produktion unbedingt erhalten werden mußte,

wirkten sich aber auch auf die Versorgung der Bevölkerung aus. Der Verwaltungsapparat mußte unverhältnismäßig aufgebläht werden, da Massenarbeitslosigkeit, Verelendung der Bevölkerung oder Schocktherapien für den sozialistischen Staat undenkbar waren.

Verständlicherweise wirkte sich der tägliche Überlebenskampf im ganzen wie der einzelnen Familien spürbar auf die Arbeitsweise der Leitungsorgane und die Mentalität vieler Verantwortlicher und ihrer Mitarbeiter aus. Das zeigte sich in geringer Arbeitsproduktivität, mangelnder Ordnung und Disziplin, ungenügender Nutzung vorhandener Ressourcen, aber auch in Erscheinungen von Korruption und Schwarzhandel.

Kubas Führung versuchte durch strenge Zentralisierung und Einzelfall-Entscheidungen bis ins Detail, den Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. In der Sonderperiode gab es weder eine langfristige Planung noch Konsultationsmöglichkeiten mit gleichgesinnten Partnerstaaten über ein sozialistisches Entwicklungsmodell. Raúl Castro zitierte in seiner Rede an den 6. Parteitag eine Passage aus dem Rechenschaftsbericht des 1. PCC-Kongresses vom 17. Dezember 1975: „Bei der Führung unserer Wirtschaft haben wir aus Idealismus zweifellos Fehler begangen und manchmal die Realität ignoriert, daß es objektive ökonomische Gesetze gibt, an die wir uns halten müssen.“ Das war bereits ein deutlicher Hinweis auf dringend erforderliche Veränderungen in Arbeitsstil und -inhalt.

Abschluß der „Sonderperiode“

Trotz aller Schwierigkeiten waren bis 2005 Bedingungen entstanden, die eine Beendigung der Sonderperiode zuließen. Der Übergang zu einer normalen gesellschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung der kubanischen Besonderheiten und daraus resultierender Gesetzmäßigkeiten wurde notwendig und möglich. Nach eigener Einschätzung erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 erstmals wieder den etwaigen Umfang des BIP von 1989. In den Jahren 2005 und 2006 wurden dann Wachstumsraten von über 10 % erzielt. Der Beginn der neuen Phase fiel mit dem Ausscheiden Fidel Castros aus den höchsten Führungspositionen zusammen. Er selbst hat mit der Ankündigung weitreichender Entwicklungsprojekte noch wesentlich zu deren inhaltlicher Ausrichtung beigetragen. In einer denkwürdigen Rede am 17. November 2005 an der Universität von Havanna skizzierte Fidel nach einer kritischen Analyse des bisherigen Weges auch Kubas Perspektiven einer sozialistischen Zukunft. Es kann vermutet werden, daß bestimmte Ereignisse im Jahr 2004 der kubanischen Wirtschaft und

besonders dem Staatshaushalt wesentliche Erleichterungen gebracht haben, die eine Entscheidung über weiterführende Programme möglich machten. Diese „Erleichterungen“ standen offenbar mit den Staatsbesuchen der Präsidenten Chinas und Venezuelas im Zusammenhang. Damals wurden Vereinbarungen getroffen, die nicht nur Engpässe der wirtschaftlichen Entwicklung Kubas beseitigen halfen und den Druck der defizitären Staatsfinanzen wesentlich verringerten, sondern auch die außenpolitischen Rahmenbedingungen für die langfristige Entwicklung günstiger gestalteten. Hierzu gehören die Gründung der antiimperialistischen Staatengruppe ALBA und andere Ereignisse, die zur Festigung der lateinamerikanischen Zusammenarbeit beitragen. Kuba konnte infolge verbesserter innerer und äußerer Bedingungen qualitativ neue und entscheidende Programme für seine weitere Entwicklung in Angriff nehmen. Das betrifft die Neugestaltung der Energiewirtschaft, die Verbesserung des Transportwesens und der dazugehörigen Infrastruktur, wichtige Impulse für das Bauwesen und für die schrittweise Lösung der Wohnungsfrage, für die Erweiterung von Lagerkapazitäten, einen Wandel in der Landwirtschaft und die Erfüllung vieler anderer bis dahin vernachlässigter Aufgaben. Das alles erforderte enorme Investitionen in Devisen, aber auch in nationaler Währung.

Klare Benennung von Defiziten

Nach dem Wechsel an der Spitze von Staat und Partei standen die bereits unter Leitung Fidel Castros eingeleiteten Maßnahmen erst am Beginn ihrer Realisierung. Es zeigte sich überdies, daß die Lösung weiterer Probleme zwingend in den Vordergrund trat.

Das betrifft besonders die Nahrungsgüterversorgung. Nahezu 80 % der Lebensmittel mußten von diesem vornehmlich agrarisch geprägten Land eingeführt werden, wobei die Weltmarktpreise gerade in den für Kuba entscheidenden Jahren unaufhörlich stiegen, während die Einnahmen aus dem Hauptexportgut Nickel sanken. Auch der Zuckerpreis befand sich längere Zeit in einem Tief, während der Preis für Rohöl enorm anzog. Durch die Kooperationsbeziehungen mit Venezuela und eingeleitete Sparmaßnahmen konnten negative Auswirkungen auf Kubas Wirtschaft gedämpft werden.

Raúl Castro benannte am 26. Juli 2007 in Camaguay – bei einer insgesamt positiven Bilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den langen und leidvollen Jahren der Sonderperiode – mit großer Deutlichkeit Unzulänglichkeiten, Irrtümer und Folgen bürokratischen Verhaltens. Er verwies zugleich auf vorhandene Reserven für Kubas künftige Entwicklung: Durch gut organisiertes Arbeiten, effektive Kontrolle, tägliche hohe Anforderungen, Exaktheit, Ordnung und Disziplin sollten die Bedingungen geschaffen werden, um die angespannte Situation zu beherrschen. Es gehe

um eine eigenständige, nachhaltige und unabhängige Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Raúl Castro knüpfte an bewährte Traditionen der kubanischen Führung an, die in entscheidenden Momenten dem Volk stets die ungeschminkte Wahrheit zu sagen pflegte. Auch in seiner Antrittsrede als



Vorsitzender des Staats- und Ministerrates begründete er vor der Nationalversammlung seine Konzeption zur Stärkung des Wirtschaftsgefüges, zur Stabilisierung des Haushalts, zur Durchsetzung von Sparsamkeit und Effektivität in allen Wirtschaftszweigen. Es gehe vor allem darum, die hohen Lebensmittelimporte durch Eigenproduktion abzulösen und den Haushalt durch Abbau unnötiger Subventionen zu entlasten. Er forderte die Leiter aller Ebenen auf, ohne Triumphalismus und Selbstbeweihräucherung realistisch,



kritisch und selbstkritisch zu arbeiten. Die Vorbereitung des vom 16. bis 19. April 2011 durchgeführten 6. Parteitages hatte bereits im Sommer 2007 begonnen. Seitdem wurden grundsätzliche Korrekturen auf einigen Gebieten in der Praxis getestet.

Beratung mit dem ganzen Volk

Bei der langfristigen Vorbereitung des jüngsten Parteitages fanden mit der Bevölkerung offene, kritische und oftmals auch kontrovers geführte Diskussionen zu den Leitlinien statt, die den einzigen Beschlußpunkt des Parteitages bildeten. Dabei erfolgten drei Millionen Wortmeldungen. In den ursprünglichen Entwurf

der 291 Leitlinien wurden zahlreiche Vorschläge aufgenommen, über zwei Drittel von ihnen neu formuliert. Die Endfassung bestand dann aus 311 Thesen.

Die Leitlinien räumen der Weiterentwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse absoluten Vorrang ein. Es wird dort von einer Modernisierung gesprochen, welche die spezifischen Entwicklungsprozesse der kubanischen Gesellschaft und die internationalen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Nur die sozialistische Gesellschaft sei dazu imstande, die krisenbedingten Schwierigkeiten zu überwinden und die wichtigsten Errungenschaften der Revolution zu bewahren. Bei der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells bleibt der Plan das entscheidende Führungsinstrument, wobei die Gesetze des Marktes berücksichtigt werden. Die Arbeit ist ein Recht und eine Pflicht. Sie muß der Quantität und Qualität nach vergütet werden. Das Defizit in der Zahlungsbilanz soll kurzfristig ausgeglichen werden, Exportüberschüsse sind zur Ablösung von Importen einzusetzen. Eine Neuordnung des Lohnsystems wird als dringendes Erfordernis betrachtet.

Die Struktur der Wirtschaftseinheiten, die vom System der staatlichen Planung differenziert und flexibel erfaßt wird, setzt sich folgendermaßen zusammen: Die wichtigste Säule bilden selbständige Staatsunternehmen, hinzu kommen Firmen mit gemischtem Kapital, Genossenschaften, Pächter von Ländereien und Objekten, auf eigene Rechnung arbeitende Privatpersonen sowie andere, die zur Effizienz der gesellschaftlichen Arbeit beitragen können.

„Alles verändern, was zu verändern ist“

In den Aussprachen gab es die meisten Wortmeldungen zum subventionierten Versorgungssystem und zur Frage der faktischen Doppelwährung, deren schrittweise Überwindung anzustreben sei. Das Wirtschaftsmodell müsse so verändert werden, daß eine höhere Leistungsfähigkeit und Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft erreicht wird, um ein bestimmtes Niveau von Waren und Dienstleistungen zu nichtsubventionierten, für alle Bürger aber erschwinglichen Preisen zu sichern.

Im Anschluß an den Parteitag, dessen Motto „Alles verändern, was zu verändern ist“ lautete, fand das 1. Plenum des ZK der PCC statt. Die Anzahl der Mitglieder des Politbüros wurde von 24 auf 15 reduziert. Zum 1. Sekretär wurde Raúl Castro, zum 2. Sekretär Ramon Machado Ventura gewählt. Fidel hat für keine Wahlfunktion kandidiert. Er wurde unter großem Beifall der Delegierten in seinem Ehrenamt als Führer der Revolution bestätigt.

Heinz Langer, Berlin

Unser Autor, von dem mehrere im Verlag Wiljo Heinen erschienene Bücher zum Thema vorliegen, war Botschafter der DDR in Kuba.